65. Jahrgang. № 303. Donnerstag, 30. Juni 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus bis Ende des Monats monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 20,50 M.

Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen, 1spaltige Ein- u. Verkäufe 25 %, Vereinsanzeigen laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Geschäftsstelle: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer 25 241. Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden. Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26 Feuer Fernsprecher 19251 und 20461
Verzinkerei – Verzinnerei – Verbleierei

Kakao Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Die Erpressungen der Polenbanden.

Ein englisches Urteil.

London, 29. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" gibt seinem Blatte eine ausführliche Schilderung über das ungesetzliche Treiben der polnischen Insurgenten und über den Verfall der Gruben in dem von den Polen besetzten Aufstandsgebiet. Der Berichterstatter meldet aus Hindenburg, daß die Insurgenten in dem Kreise Anfang Mai 22 Personen ermordet haben. Gelder werden noch immer mit den Waffen erpreßt. Der Berichterstatter schildert einen am letzten Sonntag vorgekommenen Fall, wobei ein Bürger in einem mit dem Stempel des Kommandeurs versehenen Schreiben, das der englische Berichterstatter selbst sah, aufgefordert wurde, eine Summe von 50 000 Mk. zu bezahlen, andernfalls Gewalt angewendet werde. In Tarnowitz haben die Insurgenten von der Stadt 2 Millionen Mark gefordert unter der Drohung, daß die Stadt dem Raube oder der Plünderung überlassen werden würde, wenn die Summe nicht bezahlt werde. In Hindenburg, das eine große deutsche Mehrheit aufweist, mußten alle Läden die Bezeichnungen in polnische Sprache umändern. Außerdem zwangen die Polen die Bevölkerung, überall die polnischen Farben (weiß-rot) anzubringen. In Bismarckhütte wurden die Betriebsleute, die alle deutsch sind, gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie die polnischen Insurgenten den Truppen des Generals Höfer vorziehen. Der englische Kommandant erklärte, diese Unterschriften würden zweifellos als Propagandamittel benutzt. (W. T. B.)

Eine neue Kontribution.

Mislowitz, 28. Juni. Der Stadt ist eine Kontribution von ½ Million Mk. auferlegt worden. Die Bürgerschaft hat protestiert und beim Kreiskontrolleur Schritte eingeleitet. (W. T. B.)

Die Räumung.

Gleiwitz, 29. Juni. Die Stadt Laband ist seit 27. d. M. abends von Insurgenten frei. Der Bahnhof ist noch besetzt. In der Richtung Rudzinitz sind 25 französische Lastautos abgefahren zur Abholung von englischen Truppen.

Hindenburg, 28. Juni. Die Stadt und die umliegenden Dörfer Mathesdorf, Sosnitza usw. sind von Insurgenten frei. Kähe abziehender Insurgenten marschieren durch die Stadt. Das Rathaus ist geräumt, die polnische Fahne eingezogen. Einzelne Abteilungen rücken in östlicher Richtung ab. In den Dörfern wird auf Grund der Verfügung der Interalliierten Kommission vom 29. Mai die neue Polizei gebildet, doch besteht der Verdacht, daß in den meisten Dörfern diese Polizei eine äußerlich umgebildete Insurgententruppe ist. (W. T. B.)

Pleß, 29. Juni. Hier haben die Aufständischen eine sogenannte Grenzaufsichtsbehörde, angeblich gegen den Schmuggel, eingerichtet. (W. T. B.)

Kattowitz, 28. Juni. Der Zug des internationalen Roten Kreuzes wird, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nunmehr nicht mehr verkehren, da nach durchgeführter Räumung der wiedereinsetzende regelmäßige Eisenbahnverkehr besondere Flüchtlingszüge überflüssig machen wird. (W. T. B.)

Der polnisch-französische Geheimvertrag.

Berlin, 28. Juni. Die „National-Zeitung" glaubt nach Informationen, die ihr von diplomatischer Seite zugingen, mitteilen zu können, daß zwischen Polen und Frankreich eine geheime Konvention bestehe, die anläßlich des Pariser Besuches des Fürsten Sapieha und des polnischen Staatschefs Pilsudski abgeschlossen wurde. In diesem Vertrage verpflichtet sich Frankreich, alle Ansprüche auf Oberschlesien zu unterstützen, und zwar sowohl in politisch-diplomatischer, wie auch in militärisch-materieller Beziehung. Die Konzessionen, die Polen für diese Unterstützung an Frankreich machen müßte, seien folgende: In militärischer Hinsicht verpflichtet sich Polen, ein stehendes Heer von 600 000 Mann zu unterhalten. In den Generalstab dieses Heeres seien auch französische Offiziere aufzunehmen. Mit diesem Heere habe Polen Frankreich auch im Falle eines Angriffes zur Seite zu stehen. Frankreich trägt zur Erhaltung dieses Heeres pro Kopf und Tag einen Goldfranken bei. Diese Summe wird von der Warschauer französischen Militärkommission an die polnische Regierung ausgezahlt, und zwar nach der jeweilig festgestellten Stärke des polnischen Heeres. In wirtschaftlicher Hinsicht räumt Polen an Frankreich vor allem das alleinige Ausnützungsrecht aller bisher noch unerschlossenen Kohlen- und Erzvorkommen in den Kreisen Pleß und Rybnik ein. Außerdem sichere Polen Frankreich bedeutende Vorrechte in der Administration und Ausnützung der ostgalizischen Naphthaquellen zu und schließlich verpflichtet sich Polen, die Einfuhr für französische Luxuswaren im Gesamtwerte von 150 Millionen freizugeben.

Beginn der türkischen Offensive.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Athen, 29. Juni. Nach einer Meldung aus Konstantinopel haben die Kemalisten am Sonnabend an der Front von Ismid eine Offensivbewegung großen Umfanges begonnen, wozu sie erhebliche Artilleriestreitkräfte ins Gefecht brachten. Den griechischen Linien strömen große Massen von Flüchtlingen zu, die die Kampfzone verlassen. Die Griechen haben ihre schwere Artillerie noch nicht in Stellung bringen können, so daß sie äußerst schwere und ungleiche Kämpfe seit Sonnabend zu bestehen haben.

Paris, 29. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel vom 28. Juni haben die griechischen Truppen Ismid bereits gestern geräumt, wodurch die Kemalisten freie Bahn nach Konstantinopel haben. Die Stadt Ismid ist von ungefähr 80 000 Flüchtlingen überfüllt. Die griechischen Behörden haben alle Dampfer für den Transport der Flüchtlinge nach Griechenland beschlagnahmt. Eine Anzahl der Flüchtlinge ist bereits in Konstantinopel ausgeschifft worden. (W. T. B.)

Amerika und der Friede mit Deutschland.

Newyork, 29. Juni. „Tribune" meldet aus Washington, daß die Mitglieder des von beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Ausschusses zu einer vollständigen Einigung über die Friedensresolution gelangt sind. Sie stimmten den vom Senat gemachten Vorbehalten zu, nach denen in der Hand des Treuhänders befindliches Eigentum so lange festgehalten werden soll, bis die amerikanischen Ansprüche gegen Deutschland und Oesterreich geregelt sind, bis ferner in diesen beiden Ländern den amerikanischen Bürgern das Recht der meistbegünstigten Nation zugestanden ist und bis diese Länder alle von den Vereinigten Staaten verhängten Geld- und Haftstrafen, sowie Beschlagnahmungen anerkannt haben. Falls das Programm ausgeführt wird, soll die Resolution vor dem 4. Juli in Kraft treten. (W. T. B.)

Deutschlands Zahlungen.

Berlin, 29. Juni. Wie wir hören, ist bei den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee festgestellt worden, daß außer der bis zum 31. August zu zahlenden einen Milliade Goldmark im ersten Reparationsjahr bis zum 1. Mai 1922 an Devisen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen nach dem Zahlungsplane zu leistenden Summen durch Sachleistungen und durch Erhebung der Ausfuhrabgabe in den Ententeländern abgegolten werden. (W. T. B.)

Beachtliche Ausführungen des englischen Lordkanzlers.

London, 29. Juni. Der englische Lordkanzler Lord Birkenhead hat auf dem gegenwärtig in London tagenden Kongreß der internationalen Handelskammern eine Rede gehalten, in der er sich in scharfen Worten dagegen wandte, daß Deutschland zu den Besprechungen der internationalen Handelskammern nicht eingeladen wurde. Die wirtschaftliche Gemeinschaft aller Nationen der Welt habe keinen Vorteil davon, daß ein früherer Feind vorübergehend oder auch für längere Zeit vom internationalen Geschäft ausgeschlossen werde. Das sei auch nicht die Auffassung jener Staatsmänner, die den Frieden abgeschlossen haben, denn eine solche Ausschließung Deutschlands von dem internationalen Geschäft würde es Deutschland unmöglich machen, die von ihm geforderten großen Entschädigungen zu bezahlen. Diese Entschädigungen können nur in Arbeit oder in Produkten geleistet werden, woraus folge, daß, wenn man Deutschland diese Reparationen auferlegt habe, man sich auch entschließen müsse, ihm den Uebergang zu erleichtern, der die Bezahlung möglich macht.

Poincaré ins Staumbuch.

Paris, 29. Juni. Léon Jouhaux erwiderte im „Peuple" auf den Artikel Poincarés im „Temps" vom letzten Sonntag, die Wandlung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich habe die Anwälte des Ueberpatriotismus auf beiden Seiten der Grenze nicht zum Schweigen gebracht. Poincaré und seine Freunde empfänden keine Freude über die Feststellung, daß die Führer Deutschlands die Haltung gewechselt hätten. Was sie bis jetzt getan hätten, verwirre und behindere die Parteigänger der Okkupationen, der Sanktionen und der eisernen Hand. Wenn das Zusammenarbeiten der beiden Länder zustande komme, dann sei es ja aus mit den Abenteuern, den Fanfaren der ungesunden Popularität, der nationalistischen Demagogie und den Intriguen in den Wandelgängen des Parlaments. (W. T. B.)

Die Mehrheit für ein Kabinett Giolitti.

Rom, 29. Juni. Man hat gestern mit allen Mitteln versucht, Giolitti von seinen Rücktrittsabsichten abzubringen. Mit Ausnahme der Sozialisten erklärten sich alle Kammergruppen gegen den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Es wurde hierbei zugesagt, man werde seiner Reform der Bureaukratie keine Hindernisse mehr in den Weg legen. Giolitti hat sich bis jetzt jedoch nicht zum Bleiben bewegen lassen. Als ihm der König den Auftrag gab, ein neues Kabinett zu bilden, lehnte er es ab. Da viele maßgebende Persönlichkeiten Giolitti als den Mann bezeichnet haben, der allein der schwierigen Lage gewachsen sei, heißt es, der König wolle versuchen, ihn zum Bleiben zu überreden.

Die Gefahren einer neuen Erzbergerei.

In Berlin ist gestern der Reichsausschuß des Zentrums zusammengetreten, und aus diesem Anlaß stellt das führende Kölnische Organ der Deutschen Volkspartei sehr bemerkenswerte innerpolitische Betrachtungen an, die sich ihrer Tendenz nach als eine sehr ernste und eindringliche Warnung an die maßgebenden Zentrumskreise darstellen, sich noch weiter mit Erzberger einzulassen, über dessen Verhältnis zur Partei, wie das Kölnische Blatt als sicher annimmt, jetzt die endgültige Entscheidung gefällt werden soll. Der Vielgewandte, der sich eine Weile ziemlich stumm verhalten hatte, als ihm infolge des Helfferich-Prozesses doch einmal der Atem ausgegangen war, hat in letzter Zeit seine politische Tätigkeit wieder aufgenommen und sich agitatorisch für eine Richtung ins Zeug geworfen, für die er den Namen des „christlichen Solidarismus" erfunden hat. Soweit sich aus den darüber in der Presse gegebenen Andeutungen ersehen läßt, verbirgt sich hinter diesem christlichen Mantel die Absicht, den Arbeitern die völlige Herrschaft in den Betrieben zuzuschanzen, ohne Rücksicht auf die unveräußerlichen Rechte der Unternehmer, die doch eine wirklich christlich-soziale Auffassung unmöglich als null und nichtig behandeln kann. Eine derartige Propaganda entspricht durchaus dem politischen und sozialen Radikalismus Erzbergers, der vor nichts zurückscheut, wenn es gilt, seinen Ehrgeiz zu befriedigen und sich wieder ein Sprungbrett zum neuen Aufstieg zu verschaffen, das er in den katholischen Gewerkschaften zu finden glaubt. Darauf, daß das öffentliche Wohl gebieterisch von allen verantwortungsbewußten Politikern strengste Gewissenhaftigkeit und Zurückhaltung erheischt, damit unser wirtschaftliches und soziales Leben in den jetzigen kritischen Zeitläuften, wo wir einen Weg zur Abbürdung der Reparationslasten suchen müssen, nicht in erneute Unruhe und Verwirrung durch sozialpolitische Projektemacherei geführt wird, legt ein Mann wie Erzberger kein Gewicht. Für ihn kommt in erster Linie seine eigene werte Persönlichkeit in Betracht, die er auf Knall und Fall wieder aus dem Dunkel emporheben und in neue perspektivische Beleuchtung rücken will, damit ihn die Welt wieder plastisch in seiner ganzen Glorie erkennen und bewundern kann. Wenn man einem sich hartnäckig erhaltenden Gerücht Glauben schenken darf, so wäre es Erzberger sogar bereits gelungen, sich wieder geheimen Zugang in die Berliner Regierungskanzleien zu verschaffen, um dort seine Geschicklichkeit und Fixigkeit in der Ausarbeitung der neuen Steuerprojekte zu verwerten. Hält man sich den grundstürzenden Charakter der angekündigten Steuern vor Augen, wie sie in der rücksichtslosesten Weise über alle noch so berechtigten Interessen der belasteten Volkskreise dahinfahren, vor allem die unsinnige Erhöhung der Umsatzsteuer und die Zwangs-Hypothek auf den gesamten deutschen Grundbesitz, so ergibt sich in der Tat unwillkürlich ein Vergleich mit der ähnlichen Methode, die während der Amtszeit Erzbergers üblich war. Es ist auch ganz unleugbar, daß diese in allen Sätteln gerechte Persönlichkeit über Eigenschaften verfügt, die sie an sich zur Bewältigung solcher tiefgründiger und weitausschauender Aufgaben als besonders befähigt erscheinen lassen: enorm rasche Auffassungskraft, organisatorisches Talent und eiserner Fleiß. Es fehlt ihm aber das notwendige Gegengewicht des Charakters, so daß er nicht in genügendem Maße über die moralischen Hemmungen verfügt, die zur Vermeidung einer so persönlichen, die öffentliche Wohlfahrt schädigenden Ausnutzung seiner Begabung, wie sie der Helfferich-Prozeß enthüllt hat, erforderlich sind. Für Erzberger steht immer in erster Linie seine eigene Person und er besitzt nicht die starke Hingabe an den allgemeinen Staats- und Volksgedanken, die allein seine Tätigkeit für die Nation ersprießlich und fruchtbar machen könnte. Es ist ohne weiteres begreiflich, daß ein leitender Minister im Reiche, der im Geruche der Erzbergerei steht, bei keiner ausgesprochen national gesinnten Partei ernstliches Vertrauen genießen kann, und die Deutsche Volkspartei zieht daher in der Kundgebung ihres Kölnischen Organs nur die zwingende Folgerung aus den tatsächlichen Verhältnissen, wenn sie erklärt, der dem Reichskanzler Dr. Wirth entgegengebrachte Widerstand der Partei stütze sich keineswegs auf persönliches Uebelwollen, sondern lediglich auf den Umstand, daß er als ein Schüler Erzbergers gelte.

Im Zentrum selbst genießt Erzberger bei den klerikalen Elementen und auf dem rechten Parteiflügel durchaus keine Sympathien und man scheut sich dort nicht, ihm gelegentlich eins zu versetzen. So dürfte wohl noch in allgemeiner Erinnerung sein, wie vor mehreren Monaten ein Jesuitenpater in Sachen der päpstlichen Friedensvermittlung Erzberger durch eine auf genauester Kenntnis aller Einzelheiten beruhende Darstellung ins Unrecht setzte, die zwar jede direkte Polemik gegen ihn vermied, aber in ihrem sachlichen Kern für ihn eine sehr blamable Abfuhr bedeutete, weil sie seine eigene Schilderung jener Episode in wesentlichen Punkten als unzutreffend erwies. Im engeren Kreise zuckt man auf der rechten Seite des Zentrums über den nach normalen Begriffen eigentlich längst Erledigten, aber mit einer gummimännchenartigen Lebenskraft Ausgestatteten die Achseln und wünscht ihn dahin, wo der Pfeffer